



## MELLRICHSTADT

29. Mai 2016 18:20 Uhr

### Ein Plädoyer für Toleranz

Karl Graf von Stauffenberg, Enkel des tragischen Hitlerattentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg, hat den Verein „Mitten drin statt extrem daneben“ gegründet.

Das Bild ist abgenutzt wie altes gräfliches Besteck. Ein großer Name. Also wiegt die Bürde der Verantwortung für Staat und Gesellschaft noch ein Stück schwerer. Alles Unsinn. Karl Graf von Stauffenberg, Enkel des tragischen Hitlerattentäters Claus Schenk Graf von

Stauffenberg, ist zuerst einmal Bürger. Schlosshälften-Besitzer in Irmelshausen im Landkreis Rhön-Grabfeld, mittelständischer Eventagentur-Betreiber, starker Raucher und bevorzugt „in der Komfortzone“ unterwegs, was familiär bestätigt werden könne.

Genau aus dieser Komfortzone hat er sich nun entfernt, damit möglichst viele, vor allem junge Menschen, die private Versenkung verlassen, um Farbe zu bekennen. Nein zu Extremismus sollen sie sagen, Ja zur Toleranz und zur staatlichen säkularen Rechtsordnung. Und das laut und hörbar.

„Mitten drin statt extrem daneben“ heißt der Verein, den Stauffenberg und seine Mitstreiter ins Leben gerufen haben (wir berichteten).

Ein erstes Ausrufezeichen hat der Verein am Samstag in Mellrichstadt setzen wollen. Eine Podiumsdiskussion mit Kirchenvertretern, Politikern und muslimischer Prominenz, danach Musik von Fools Garden. Der Ohrwurm „Lemon Tree“ aus den 90er Jahren war leider kein Lockmittel, nur ein Paar Dutzend feierten die Demokratie bei Rockmusik, wie die Flyer noch verheißen haben.

Das Konzept, den politischen Diskurs bruchlos auf die Tanzfläche zu überführen, ging nicht auf. Am nächsten Morgen war Vereinsgründer von Stauffenberg aber dennoch zufrieden mit der Premiere, Nachfolgeveranstaltungen in anderen Landkreisen sind geplant.

Wenn auch die Party-Zone im Anschluss etwas geleert war: Der Podiumsdiskussion zu Beginn entsprangen doch einige Gedankengänge, die ein paar Tage länger nachwirken in der Auseinandersetzung um Extremismus und Radikalisierung. Die sind beileibe nicht nur das Thema eines radikalen Islam und die erste „Mitten drin statt extrem daneben“-Veranstaltung wollte sich eigentlich gegen alle Spielarten des Extremismus stellen. Aber um den Islam und seine mögliche wachsende Bedeutung in der deutschen Gesellschaft kreiste die Diskussion immer wieder.

Mahmoud Kandiel, Imam der Moschee in Erlangen, musste viele Fragen beantworten, zum Beispiel zum Verhältnis des Islams zur Gewalt.

Am Ende kam ihm Johannes zu Eltz, Katholischer Stadtdekan und Bischöflicher Kommissar in Frankfurt, zu Hilfe. „Es geht nicht darum, was im Koran oder in der Bibel steht, unser Miteinander regelt die grundgesetzliche Ordnung“, machte der Katholik klar.

Und er nahm deutsche Muslime in die Pflicht. Es gebe die deutsche Schuld gegenüber den Juden und damit die Verantwortung der heutigen Deutschen gegenüber den Juden und dem Staat Israel. Auch die zugewanderten muslimischen Bürger „ohne geerbte Verantwortung“ müssten sich dieser Verantwortung stellen, forderte zu Eltz.

Kandiels anfängliche theologische Argumentation, der Islam kenne keine Erbsünde und Verantwortung habe jeder nur für seine Person, führte zwar zu Publikums-Applaus, zu Eltz ließ sie aber nicht ganz gelten. Es gehe nicht um eine theologische Anschauung, sondern um einen staatsbürgerlichen Konsens. „Ich möchte keine herabgesetzten Preise für die muslimischen Mitbürger in gemeinsamer Verantwortung“, sagte zu Eltz.

Volkmar Halbleib, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, pflichtete dem Frankfurter Stadtdekan bei. „Die Sorge ist da, ein wachsender Islam könne Nährboden bieten für wachsenden Antisemitismus“. Der Moment war gekommen, wo Moderatorin Gülseren Ölcüm, BR-Redakteurin in München, die Frage zur Forderung machte, die islamischen Verbände müssten intensiver den politischen Diskurs mitbestimmen.

Dass der Islam unbeabsichtigt etwas in das Zentrum der Debatte rückte, war auch der Eingangsfrage geschuldet, ob

der Islam zu Deutschland gehöre oder nicht. Michael Brand, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Fulda, sieht durchaus eine christlich-jüdische Tradition in Deutschland. „Der Satz muss auch anders lauten: Die Muslime, die hier in Deutschland leben, die gehören selbstverständlich zu Deutschland“, so Brand, dessen Weg in die Politik startete, als die Gräueltaten an den bosnischen Muslimen begannen, wie er betonte.

Brand wie auch Halbleib ließen jede die parteipolitische Keule im Sack, wie es sich gehörte, und argumentierten parteiübergreifend staatspolitisch. Politikverdrossenheit als Nährboden der Radikalisierung sei nicht leicht zu bekämpfen. Halbleib bemerkte aus seiner eigenen politischen Arbeit, dass die Begegnungsmomente zwischen Politikern und Bürgern seltener würden.

„Wir müssen zu einer krisenverhindernden Politik kommen. Und in der Flüchtlingsfrage müssen die europäischen Länder wieder zusammenfinden, wenn auch ihre Bürger wieder zu einem Konsens der Mitte finden sollen“, so der CDU-Mann.

Wenn in der globalisierten Welt nationalstaatliche Spielräume enger werden, dann fühlen sich viele Bürger nicht mehr angesprochen, selbst in der Mittelschicht, klagte SPD-Mann Halbleib. Und genau deshalb müsse es möglich gemacht werden, dass diese Meinungen der Ängstlichkeit zugelassen werden. Man müsse den Menschen, die mit Pegida sympathisierten, zuhören, damit man sie wieder in die Mitte der Gesellschaft bringen kann.

Letztendlich werde Pegida mit Argumenten entzaubert, nicht mit Dämonisierung. „Die gesellschaftlichen Fragen werden immer komplexer, darum können die Antworten unmöglich einfache sein“, so Brand.

Nur von Stauffenbergs schlichte Antwort ließ das Publikum mit Applaus gelten: „Nicht die Religionen oder Weltanschauungen gehören zu Deutschland. Die Menschen, egal welcher Hautfarbe oder Religion, gehören zu Deutschland“.

---

Artikel: <http://www.mainpost.de/regional/rhoengrabfeld/Islam-Podiumsdiskussionen-Religionswissenschaft;art777,9238746>

© Main-Post 2017. Alle Rechte vorbehalten. Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung